

Felix Wemheuer (Hg.)
Linke und Gewalt



© 2014 Promedia Druck- und Verlagsgesellschaft m.b.H., Wien

Lektorat und Gestaltung: Stefan Kraft

ISBN: 978-3-85371-821-6

(ISBN der gedruckten Ausgabe: 978-3-85371-370-9)

Fordern Sie unsere Kataloge an:

Promedia Verlag

Wickenburggasse 5/12

A-1080 Wien

E-Mail: promedia@mediashop.at

Internet: www.mediashop.at

www.verlag-promedia.de

Über den Herausgeber

Felix Wemheuer, Jahrgang 1977, lebt in Wien und veröffentlichte in der „Edition Linke Klassiker“ bei Promedia „Maoismus. Ideengeschichte und revolutionärer Geist“ (2009) sowie (gemeinsam mit Barbara Eder) „Die Linke und der Sex. Klassische Texte zum wichtigsten Thema“ (2011). Außerdem verfasste er eine Biographie über Mao Zedong und ein Buch über die Hungersnöte in China und der Sowjetunion im 20. Jahrhundert. Wemheuer ist regelmäßiger Mitarbeiter der Wochenzeitschrift „Jungle World“.

Inhalt

Über den Herausgeber

Felix Wemheuer - Linke und Gewalt in den revolutionären Zyklen des 20. Jahrhunderts

Kapitel I: Krieg und bewaffnete Revolution

Wladimir Iljitsch Lenin - Militärprogramm der proletarischen Revolution (1916)

Pierre Ramus - Ziviler Ungehorsam gegen Konterrevolution und Militarismus (1921)

Mao Zedong - Politische Macht kommt aus den Gewehrläufen (1938)

Régis Debray - Bewaffnete Agitation (1967)

Kapitel II: Individueller Terror, „Tyrannenmord“ und gesellschaftliche Veränderung

Wera Figner - Volkswille und Zarentötung (1926)

Johann Most - Es lebe der Tyrannenmord! (1881)

Rosa Luxemburg - Terror kann die Gemüter des Proletariats befreien (1905)

Leo Trotzki - Über den Terror (1911)

Gustav Landauer - Gewalt als Quelle von Despotie und Autorität (1901)

Erich Mühsam- Sabotage und Attentate (1932)

Kapitel III: „Roter Terror“ und die Verteidigung der Revolution

Karl Kautsky - Bolschewistischer Terrorismus (1919)

Leo Trotzki - Pflicht zum Terror, um die Revolution zu verteidigen (1920)

Isaac Steinberg - Die Grenzen der revolutionären Gewalt (1931)

Errico Malatesta - Lieber untergehen, als Galgen errichten (1924)

Kapitel IV: Gewalt als Mittel zur Befreiung des kolonialisierten Menschen und der Afroamerikaner

Frantz Fanon - Gewalt und Dekolonialisierung (1961)

Martin Luther King - Aufruf zum zivilen Ungehorsam (1967)

Eldridge Cleaver - Der Tod von Martin Luther King: Requiem für die Gewaltlosigkeit (1968)

Kapitel V: „Stadtguerilla“: Strategie und Kritik

Rote Armee Fraktion - Das Konzept Stadtguerilla (1971)

Oskar Negt - Keine Solidarität mit den Desperados der RAF (1972)

Schreckliche Situation: Interview mit Sartre über seinen Besuch bei Baader (1974)

Interview mit der Roten Zora: Bildet Banden (1984)

Anhang

Autorinnen und Autoren des Bandes

Quellen

Weiterführendes

Felix Wemheuer

Linke und Gewalt in den revolutionären Zyklen des 20. Jahrhunderts

„Die Waffe der Kritik kann allerdings die Kritik der Waffen nicht ersetzen (...).“

Karl Marx (1844)

„Danton: Wo die Notwehr aufhört, fängt der Mord an; ich sehe keinen Grund, der uns länger zum Töten zwänge.

Robespierre: Die soziale Revolution ist noch nicht fertig; wer eine Revolution zur Hälfte vollendet, gräbt sich selbst sein Grab.“

Georg Büchner, „Dantons Tod“ (1835)

„Furchtbar ist es, zu töten.

Aber nicht andere nur, auch uns töten wir, wenn es nottut

Da doch nur mit Gewalt diese tötende

Welt zu ändern ist, wie

Jeder Lebende weiß.“

„Die vier Agitatoren“, in: Bertolt Brecht, „Die Maßnahme“ (1930)

Gewalt kennt viele Formen und hat viele Namen. Dieses Buch dokumentiert einige der hitzigen Debatten innerhalb der globalen Linken im Zeitraum von den 1880er bis zu den 1980er Jahren um die Frage der Ausübung von Gewalt zur sozialrevolutionären Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse. Der Schwerpunkt liegt auf den Diskussionen über den bewaffneten Kampf: Kann auf Gewalt beruhende Herrschaft mit friedlichen Mitteln gestürzt werden oder ist Gegengewalt notwendig? Wenn ja, welche Formen sind in Bezug auf die Ziele zu rechtfertigen und welche nicht? Wie steht es mit Sabotage, „Tyrannenmord“ oder gar Geislerschießungen? Wie

verändert die Gewaltausübung den Revolutionär? Kann man überhaupt verhindern, daß man seinen Gegnern immer ähnlicher wird? Welche Auswirkungen hat der bewaffnete Kampf auf Subalterne in Kolonien und „Ghettos“ oder auf die Geschlechterverhältnisse?

Um die Breite der Debatten zu diesen Fragen darzustellen, wurden für diesen Band Texte von Kommunisten, (pazifistischen) Anarchisten, russischen Sozialrevolutionären, schwarzen Bürgerrechtlern, Theoretikern des Partisanenkrieges und der „Stadtguerilla“ sowie deren Kritikern ausgewählt. Der Begriff „Linke“ wird großzügig verwendet und umfaßt so unterschiedliche Akteure wie Martin Luther King oder die Rote Armee Fraktion (RAF). Die Teilnahme am Kampf für eine andere Gesellschaft hat ihren Preis. Fast alle der 18 Autoren und Autorinnen dieses Buches saßen im Gefängnis oder mußten aus ihrer Heimat fliehen. Erich Mühsam, Gustav Landauer, Rosa Luxemburg, Leo Trotzki und Martin Luther King wurden von ihren politischen Gegnern ermordet.

Historische Verortung

Um die Texte und die Gewaltfrage in einen historischen Kontext zu stellen, sollen die zentralen globalen Revolutionszyklen¹ des 20. Jahrhunderts thesenhaft kurz periodisiert werden. „Globaler Zyklus“ bedeutet eine Gleichzeitigkeit von revolutionären Bewegungen, die in einem bestimmten Zeitraum ausbrechen und dann wieder abflauen. Damit ist nicht gesagt, daß die revolutionären Bewegungen in den Ländern, wo der Aufruhr konzentriert war, immer direkt miteinander zusammenhingen. Die Akteure fühlten sich jedoch als Teil eines globalen Moments und bezogen sich in ihren Kämpfen aufeinander.

Auf jedes revolutionäre Aufbrechen der Verhältnisse folgten konterrevolutionäre Gegenbewegungen wie der „weiße Terror“ nach dem Ersten Weltkrieg, der Faschismus oder die „Aufstandsbekämpfung“ der Kolonialmächte und der USA seit den 1950er Jahren. Diskurse der sozialrevolutionären Gewalt kann man

nur verstehen, wenn man sie in Interaktion mit der konterrevolutionären Gewalt betrachtet.

***Der erste Zyklus: „Den Krieg in den Bürgerkrieg umwandeln“
(1917–1923)***

Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs 1914 läutete das Ende der Sozialdemokratie als internationalistische Bewegung ein, da so gut wie alle Arbeiterparteien in Europa ihre eigenen Regierungen in der großen Massenschlächtereie unterstützten. Aus der Opposition gegen diesen Krieg, deren prominenteste Vertreter die russischen Bolschewiki stellten, sollte einige Jahre später die kommunistische Weltbewegung entstehen. Auch die anarchistische Bewegung erlebte in den Nachkriegsjahren in einigen Ländern Europas und Asiens einen bedeutenden Aufschwung.

Die erste Welle der Revolutionen in Europa zwischen den Jahren 1917 und 1919 war eine unmittelbare Folge des Krieges. Die Massenmobilisierung brachte die Verhältnisse zum Tanzen, da Millionen Menschen als Soldaten aus ihren gewohnten sozialen Verhältnissen gerissen worden waren. Um alle Ressourcen in den Dienst des Krieges zu stellen, griff der Staat in einem nicht gekannten Ausmaß in die Wirtschaft ein und übernahm in vielen Ländern in Form eines Rationierungssystems die Versorgung der Soldaten und weiterer Teile der Bevölkerung. Im zaristischen Rußland, dem deutschen Kaiserreich und Österreich-Ungarn führten Versorgungskrisen im zweiten bzw. dritten Kriegsjahr zu Massenprotesten und Streiks. Revolutionen wurden möglich, da Soldaten revoltierten und sich den Aufständen anschlossen. In Rußland desertierten vor allem die bäuerlichen Soldaten in Massen. Die neue Provisorische Regierung, die durch die Februarrevolution von 1917 an die Macht kam, beging schwere Fehler, als sie weder eine Landreform in Gang brachte, noch den Krieg beendete. Dadurch bot sich den revolutionären Bolschewiki, gestützt auf Teile der Arbeiterklasse, im Oktober 1917 die Chance die Macht zu ergreifen. Der Aufruf der neuen bolschewistischen Regierung für

einen sofortigen Friedensschluß ohne Annexionen machte die Oktoberrevolution für viele Arbeiter in ganz Europa zum Vorbild. In Deutschland, Österreich und Ungarn entwickelte sich im Folgejahr eine ähnliche Dialektik zwischen Krieg und Revolution. Es kam zur Gründung von Arbeiter- und Soldatenräten, die zeitweise die Macht in Teilen des Landes übernahmen.

Als Reaktion auf die revolutionären Unruhen der roten Arbeiter und Soldaten folgte eine Welle des „weißen Terrors“ in Deutschland, Ungarn und Italien, der mit der Ermordung von tausenden Revolutionären und aktivistischen Arbeitern einherging. In Ungarn, Italien, Bulgarien und Spanien wurden in den Nachkriegsjahren rechte bzw. faschistische Diktaturen errichtet. In Deutschland behielt die Sozialdemokratie im Bündnis mit den alten Kräften des preußischen Militarismus, rechten Paramilitärs und Teilen des Bürgertums die Oberhand. Die Bolschewiki konnten die neue Ordnung in einem besonders opferreichen Bürgerkrieg (1918–1921) gegen innere und äußere Feinde verteidigen. Dabei kam es in der Ukraine gegen die anarchistischen Machno-Partisanen und die Nationalisten zu Bürgerkriegen im Bürgerkrieg. Ein Export der Oktoberrevolution nach Westen scheiterte, wie auch die revolutionären Arbeiteraufstände in Deutschland und Italien. Aus den konterrevolutionären Bewegungen gegen die Revolten der ersten Nachkriegsjahre ging der Faschismus hervor, der in Europa der Arbeiterbewegung sowie der liberalen Demokratie den Krieg erklärte.

Der zweite Zyklus: Im Abwehrkampf gegen den Faschismus (1936–1945)

Weder den Machtantritt des Faschismus in Italien (1922) noch des Nationalsozialismus in Deutschland (1933) konnte die Arbeiterbewegung verhindern. Man sollte nicht vergessen, daß die Kommunisten zu den ersten Opfern des nationalsozialistischen Terrors gehörten. In Österreich kam es im Februar 1934 zum bewaffneten Arbeiteraufstand gegen den Faschismus. Doch einen

neuen Aufschwung der Linken löste erst der Widerstand gegen den rechten Putschversuch unter General Franco aus, der 1936 die Volksfrontregierung in Spanien stürzen wollte. Der Putsch konnte vorerst von Arbeitermilizen und der republikanischen Regierung abgewehrt werden. Besonders in der Provinz Katalonien setzte die anarchistische Bewegung weitgehende Sozialisierungen von Industriebetrieben durch und gründete landwirtschaftliche Kollektivbetriebe im republikanischen Spanien. Mit Hilfe Deutschlands und Italiens konnten jedoch die Putschisten einen langwierigen Bürgerkrieg mit dem republikanischen Lager aufnehmen. Tausende Kommunisten, Anarchisten und Sozialdemokraten kamen aus der ganzen Welt nach Spanien, um die Republik zu verteidigen.

Ungefähr zur gleichen Zeit bildete sich in China die zweite Einheitsfront zwischen den Nationalisten (Guomindang, GMD) und der Kommunistischen Partei heraus, die sich der schrittweisen Okkupation Chinas durch Japan entgegenstellte und den „Anti-japanischen Widerstandskrieg“ eröffnete.

Mit dem Angriff Deutschlands auf die Sowjetunion 1941 wurde der „europäische Bürgerkrieg“ der Nachkriegsjahre nun in Form eines Krieges zwischen zwei Staaten auf eine neue Stufe gehoben. Das deutsche Kriegsziel war die vollständige Vernichtung des sogenannten „jüdischen Bolschewismus“. Die nationalsozialistische Führung plante, die Bewohner der sowjetischen Städte verhungern zu lassen. In seiner ersten öffentlichen Ansprache nach dem deutschen Angriff rief Josef Stalin am 3. Juli 1941 die Bevölkerung zum Partisanenkrieg auf. Im Zug des Kampfs gegen den Faschismus entstanden auch in Italien, Frankreich, Jugoslawien, Albanien und Griechenland starke Partisanenbewegungen, in denen die Kommunisten eine zentrale Rolle spielten.

Der zweite globale Zyklus besaß dennoch einen ganz anderen Charakter als die Welle der Revolutionen nach dem Ersten Weltkrieg, da es sich in erster Linie um einen Abwehrkampf gegen die Vernichtung durch den Faschismus handelte. Die Dialektik von drohender Kriegsniederlage und Revolution wie 1917/18 kam nicht zum Tragen. In keinem Land stürzten revolutionäre Arbeiter und

Soldaten die eigene Regierung. Die Nationalsozialisten hatten aus der deutschen Revolution von 1918 die Lehre gezogen, die Versorgung der Bevölkerung im Reich um jeden Preis aufrechtzuerhalten, um Revolten zu vermeiden. Als der „Blitzkrieg“ im Osten scheiterte, wurden Millionen Menschen in den besetzten Gebieten im Osten dem Hungertod ausgeliefert, damit die deutsche Bevölkerung und Armee weiter auf relativ hohem Niveau ernährt werden konnten.² Da der Nationalsozialismus sowohl gegen die kapitalistischen Staaten im Westen als auch gegen die Sowjetunion Krieg führte, wurde ab 1941 ein breites Bündnis auf internationaler Ebene möglich; außenpolitisch die Anti-Hitler-Koalition mit den USA und Großbritannien und innenpolitisch in vielen Ländern eine klassenübergreifende „Volksfront“. Durch die Beteiligung der Sowjetunion an der Anti-Hitler-Koalition war es undenkbar für die Parteien der Kommunistischen Internationale (Komintern), in den Ländern der Bündnispartner für die Niederlage der eigenen Regierung einzutreten, sondern sie unterstützten als „Patrioten“ den Krieg.

Sozialrevolutionäre Impulse gab es im Spanischen Bürgerkrieg (1936–1939) und auch in den Partisanenbewegungen Südeuropas durchaus. Die sowjetische Führung versuchte jedoch, die Parteien der Komintern darauf zu verpflichten, die Einheit aller antifaschistischen Kräfte nicht zu gefährden. In der republikanischen Zone Spaniens unterdrückte die Kommunistische Partei, mit Hilfe des sowjetischen Geheimdienstes NKWD, die sozialrevolutionären Ansätze. Ein Konfliktpunkt war dabei die Forderung der Kommunisten, die dezentralen Arbeitermilizen der diversen Parteien in einer straff geführten regulären Armee zusammenzufassen.³ Die Konflikte innerhalb der Linken trugen sicher zum Sieg Francos über die Republik 1939 bei – mindestens 500.000 Menschen ließen im Spanischen Bürgerkrieg ihr Leben.

Die relativ selbständigen kommunistischen Partisanenbewegungen in China und Jugoslawien waren hingegen keinesfalls zur Unterordnung unter die bürgerlich-nationalistischen Kräfte bereit, und es entwickelte sich trotz Moskaus Ratschlägen ein Bürgerkrieg im Bürgerkrieg. Mit dem Sieg der Alliierten über

Deutschland und Japan brachen die antifaschistischen Volksfronten auf internationaler und nationaler Ebene innerhalb einiger Jahre zusammen. In Osteuropa wurden die moskautreuen Kommunisten Dank des Sieges der Roten Armee zu Staatsparteien. In Westeuropa war die alte revolutionäre Arbeiterbewegung der Zwischenkriegszeit, sowohl die kommunistische als auch die anarchosyndikalistische, fast vollständig untergegangen. Die Regierungsbeteiligung der starken Kommunistischen Parteien in Frankreich und Italien endete zwar 1947, aber sie blieben weiter in das bürgerlich-parlamentarische System integriert und verabschiedeten sich in Folge von einem revolutionären Programm.

Der dritte Zyklus: Bauernrevolutionen in der Dritten Welt, Unruhe in den Metropolen

Das Sturmzentrum der revolutionären Bewegungen verschob sich in den 1940er und 1950er Jahren weiter nach Osten. Die sozialen Revolutionen in Asien waren aufs engste mit dem Krieg verbunden, der gegen die Kolonialmächte geführt wurde. In Vietnam und China diente die Bodenreform in ländlichen Stützpunktgebieten dem Aufbau einer Bauernarmee im Kampf gegen die Besatzer und schließlich im Bürgerkrieg. Städtische Intellektuelle fungierten als führende Kader, Bauern stellten die Fußtruppen für die Volksarmeen, die reguläre Kriegsführung mit Guerillastrategie verbanden. Den Beginn des revolutionären Zyklus in Asien könnte man mit der Unabhängigkeitserklärung Vietnams durch Ho Chi Minh 1945 datieren. Er endete spätestens 1979, als China in einer „Strafaktion“ einen Krieg gegen Vietnam führte und sich damit der Traum der antiimperialistischen Einheit endgültig als Illusion entpuppte. Der von den USA gegen Nordvietnam (1964–75) geführte Vernichtungskrieg sowie das Massaker der indonesischen Militärjunta an mindestens 500.000 Zivilisten (1965/66) stellten während dieses Zyklus die radikalsten Versuche dar, die revolutionären Kräfte in Asien zu zerschlagen.

In Lateinamerika begann diese Epoche mit dem Sieg der kubanischen Revolution 1959, ihr Ende wurde mit dem Militärputsch in Chile gegen die sozialistische Regierung unter Salvador Allende 1973 eingeläutet.⁴ Auf Kuba gelang es mit einer relativ kleinen Gruppe von Guerillakämpfern in nur zwei Jahren die Batista-Diktatur zu stürzen, ohne in die Stadien der Agrarrevolution und der regulären Kriegsführung einzutreten. Die kubanischen Revolutionäre versuchten später, ihr Modell des Guerillakrieges in den Süden des Kontinents und nach Afrika zu exportieren und fanden viele Nachahmer unter Intellektuellen.

In Ländern wie Venezuela, Brasilien, Argentinien und Uruguay entstanden auch Stadtguerillas. Im Unterschied zur klassischen ländlichen Guerillastrategie Maos war es nicht das Ziel der Stadtguerilla, „befreite Zonen“ im Hinterland zu schaffen, sondern durch Anschläge und Aktionen im Herzen des Systems die Instabilität der Regierung zu demonstrieren, um so langfristig eine revolutionäre Perspektive zu eröffnen. Die Stadtguerilla hoffte, durch ein Netzwerk von Sympathisanten und Unterstützern im Untergrund abtauchen zu können und sich damit den Repressionen durch den Staat zu entziehen. Sie finanzierte sich durch Spenden, „Enteignungen“, Banküberfälle und Geiselnahmen.

Die USA reagierten auf die revolutionären Bewegungen mit der Invasion in Kuba 1961 und mit umfangreichen politischen und militärischen Programmen der „Aufstandsbekämpfung“ zur Unterstützung der verbündeten Regierungen. Der Süden Amerikas verwandelte sich bis Mitte der 1970er Jahre in einen Kontinent von Militärdiktaturen, terroristischen Paramilitärs, Todesschwadronen und Folterkammern. Der Erfolg von Kuba konnte in den 1970er Jahren nicht wiederholt werden. Die Stadtguerillagruppen wurden schon Anfang des Jahrzehnts weitgehend geschlagen und die ländlichen Guerilleros konnten nur noch in den Bergen überleben.

Parallel zu den revolutionären Zyklen in Asien und Südamerika brachen um die Jahre 1967/68 in den USA, Westeuropa und Japan Studentenunruhen aus. In den USA wurden sie von urbanen Aufständen der schwarzen Bevölkerung begleitet. In Frankreich und Italien entwickelte sich eine neue radikale Arbeiterbewegung und es

kam zu militanten Streikwellen. Ohne die Befreiungsbewegungen der Dritten Welt ist die Entstehung der „Neuen Linken“ nicht zu verstehen. Nicht mehr die traditionellen Gewerkschaften und Arbeiterparteien, die ihren Frieden mit dem System gemacht hatten, sondern die kämpfenden Völker Vietnams, Kubas und die Afroamerikaner in den USA wurden zum wichtigen Bezugspunkt. Die Rebellion ebte in Westdeutschland schon 1970 deutlich ab. Als Produkte des Niedergangs der antiautoritären Studenten entstanden zahlreiche marxistisch-leninistische Parteaufbau-Projekte (die sogenannten „K-Gruppen“), die wieder die Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt beschworen, und auch eine neue Frauenbewegung. Einige Aktivisten schlossen sich „Stadtguerilla“-Gruppen an und glaubten, den antiimperialistischen Kampf des Südens in die Metropolen zurücktragen und durch terroristische Aktionen langfristig eine revolutionäre Perspektive eröffnen zu können. Als Beispiele für diese sozialrevolutionären Gruppen seien für Westdeutschland die RAF, die Bewegung 2. Juni und die Revolutionären Zellen (RZ) genannt, für Italien die Roten Brigaden, für Japan die Rote Armee und für die USA die Weathermen, die spätere Weather Underground Organisation. Aber die große Mehrheit der westlichen Nachkriegsgesellschaft wollte den Zusammenhang zwischen den Kriegen und der Ausbeutung in der Dritten Welt und ihrem eigenen Wohlstand in den Metropolen nicht sehen. Die Spirale von Anschlägen und Gegenreaktionen des Staates führten bei den meisten Bürgern zur Solidarisierung mit der eigenen Regierung.

Linke Bewegungen spielten beim Ende der Diktaturen in Portugal und Griechenland 1974 und in Spanien 1976 noch eine wichtige Rolle. Der Rahmen von bürgerlicher Demokratie und Kapitalismus konnte im Süden Europas jedoch nicht überschritten werden. Einige „Stadtguerilla“-Gruppen kämpften trotz des Ablaufens der Revolten in Europa noch 20 Jahre weiter, was auch als ein Ausdruck ihrer Loslösung von den gesellschaftlichen Konflikten zu sehen ist.

Der dritte globale revolutionäre Zyklus war vorerst der letzte, in der die sozialrevolutionäre Linke eine zentrale Rolle spielte; ganz im

Gegensatz zu den Umbrüchen in Osteuropa um 1989 und den politischen Revolutionen des Arabischen Frühlings (2010–2013).

Führt Krieg zur Revolution?

Das 1. Kapitel dieses Buches umfaßt Texte, die sich mit dem Verhältnis von Krieg und Revolution beschäftigen. Lenin begründete im „Militärprogramm der proletarischen Revolution“ (1916) seine Ablehnung des Ersten Weltkrieges als imperialistischen Krieg. Er richtete sich gleichzeitig gegen linkssozialistische und pazifistische Strömungen in der Arbeiterbewegung, die jede Form von Krieg verwarfen. Lenins Meinung nach gab es auch im Zeitalter des Imperialismus noch die Möglichkeit von fortschrittlichen nationalen Kriegen, in denen sich unterdrückte Nationen von den Kolonialmächten befreien könnten. Da jede unterdrückende Klasse sich zum Schutz ihrer Herrschaft bewaffne, müsse das Proletariat für die Entwaffnung der Bourgeoisie kämpfen. Erst nach dem weltweiten Sieg des Sozialismus könnten die Waffen zum alten Eisen geworfen werden. Außerdem argumentierte Lenin, daß der Imperialismus gezwungen sei, das ganze Volk, darunter auch die Jugend und die Frauen, zu militarisieren. Als unbeabsichtigte Konsequenz würde ein bewaffneter Aufstand beschleunigt werden. Die Frauen könnten selbst die Waffe in die Hand nehmen, falls die Bourgeoisie es wagen sollte, das Proletariat niederzuschießen. Die Mütter sollten ihren Söhnen sagen, daß sie in der Armee das Waffenhandwerk lernen, um es dann im Sinne der sozialistischen Revolution zu nutzen.

Pierre Ramus steht im Gegensatz dazu stellvertretend für eine Strömung des Anarchismus, die diese Dialektik zwischen Militarismus und Revolution in Frage stellte (siehe seinen Text aus dem Jahr 1921). Laut Ramus würden die modernen Kriege zeigen, daß das Proletariat in seiner überwiegenden Mehrheit ein „gefügiges Instrument der Kriegsmordbestialität“ sei. Das Proletariat sei keine einheitliche Masse und eine allgemeine Bewaffnung durch den Staat würde der rückständigen Mehrheit erlauben, gegen revolutionäre

Minderheiten vorzugehen. Statt einen „roten Militarismus“ zu propagieren, sollten die Revolutionäre zur Zerstörung der Munition und Rüstungsindustrie schreiten, sowie alle bewaffneten Verbände auflösen. Leninisten hätten sicher eingewandt: Aber wie soll sich die Revolution dann gegen eine ausländische Invasion verteidigen? Da Ramus Wehrpflicht und Disziplinierung als Verneinung von Anarchie und Kommunismus sah, entwickelte er eine Strategie der Nicht-Kooperation gegenüber Invasoren, um der Freund-Feind-Logik zu entkommen. Während der Invasion dürfe man keinerlei militärischen Widerstand organisieren. Danach sollten die Arbeiter Ungehorsam, Sabotage, Boykott und die Verweigerung der Lieferung von Nahrungsmitteln praktizieren sowie jegliche Hilfe gegenüber den Besatzern verweigern. Ramus hoffte, daß die Opfer dieser Strategie geringer sein würden als die der Zerstörungsgewalt des Militarismus.

Der Begriff „roter Militarismus“ beschreibt treffend die Entwicklung der leninistischen Haltung zur Armee. Von der Kritik am Militarismus und den revolutionären Errungenschaften wie den Soldatenkomitees, der Wahl der Offiziere durch die Mannschaften und der Abschaffung der Militärjustiz blieb während des russischen Bürgerkriegs nicht mehr viel übrig. Ramus' Strategie der Nicht-Kooperation weist aber das Problem auf, daß in den meisten Fällen einer Invasion Teile der Bevölkerung mit der Besatzungsmacht kooperieren. Streiks der Arbeiter in den Rüstungsbetrieben des Landes der Invasoren bleiben vielleicht aus. Nahrungsmittel werden von Bauern produziert. Industriearbeiter können im Fall von Versorgungskrisen direkt von den Rationen der Besatzer abhängig werden. Bei einem Ablieferungsboykott der Bauern würde eine Besatzungsmacht sicher zuerst die Stadtbevölkerung hungern lassen und nicht die eigenen Soldaten. Wenn Besatzer wie z. B. die deutsche Wehrmacht in der Ukraine während des Zweiten Weltkriegs Teile der Bevölkerung vernichten wollen, hilft Nicht-Zusammenarbeit wenig. Ramus konnte auch noch nicht ahnen, daß ab dem Zweiten Weltkrieg das strategische Flächenbombardement durch die Luftwaffe zum Einsatz kommen würde. Soll auch dem

Einsatz von Brandbomben und Napalm kein militärischer Widerstand am Boden entgegengesetzt werden?

Während Lenins und Ramus' Schriften eng mit der europäischen Gesellschaft im Zuge des Ersten Weltkrieges verbunden waren, entwickelte Mao Zedong seine Theorie des Krieges während des Kampfes gegen Japan Ende der 1930er Jahre. In dieser Phase stand nicht die soziale Revolution im Vordergrund, sondern ein klassenübergreifendes Bündnis, um die Vernichtung der chinesischen Nation zu verhindern. In diesem Text formulierte Mao seinen berühmten Ausspruch: „Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen.“⁵ Er begründete ihn damit, daß in China kein Parlament oder die Möglichkeit einer legalen Arbeiterbewegung vorhanden seien. Schon vor der japanischen Invasion stand der bewaffneten Revolution die bewaffnete Konterrevolution gegenüber. Warlords dominierten mit ihren Armeen Teile des Landes und eine Partei ohne eigene Armee war von der Vernichtung bedroht. Das mußten die Kommunisten 1927 schmerzlich erfahren, als die GMD Tausende Arbeiter nach der Einnahme von Shanghai massakrieren ließ.

Mao bezeichnete sich als „Anhänger der Theorie von der Allmacht des revolutionären Krieges“ und forderte, daß jedes Parteimitglied bereit sein müsse, mit einem Gewehr in der Hand an die Front zu gehen. Die Armee würde allerdings unter Führung der Partei stehen. Mao, der um 1968 oft als Theoretiker des Guerillakrieges gelesen wurde, argumentierte, die Invasoren könnten letztendlich ohne eine reguläre Volksarmee nicht vertrieben werden. Allerdings käme den Partisanen die wichtige Aufgabe zu, die Besatzer im Hinterland in einen langwierigen Krieg zu verwickeln und in der Phase der späteren Gegenoffensive die regulären Truppen zu unterstützen.

Die Führung eines langwierigen Guerillakrieges ist stark an die geographischen Begebenheiten eines Landes gebunden und setzt die Existenz von Zonen voraus, in denen der Staat bzw. die Besatzungsmacht keine oder nur geringe Kontrolle ausüben können, wie in schwerzugänglichen Bergregionen, zerstreuten Dörfern, Dschungeln oder Sümpfen. Außerdem sollte es in diesen Gebieten

auch weitgehend autarke Bauern geben, damit die Guerilla versorgt werden kann.⁶ Die chinesische Rote Armee konnte Ende der 1920er Jahre sich erst in den Bergen von Jinggangshan, deren höchster Punkt 2120 Meter über dem Meeresspiegel liegt, in Banditenland festsetzen. Dort baute sie größere Stützpunktgebiete auf und etablierte sogar einen „Gegen-Staat“ in Form der chinesischen Sowjetrepublik.

Nach dem Sieg der Revolution in Kuba 1959 hofften Fidel Castro und Che Guevara, daß die Anden der geeignete Ort sein würden, um in Südamerika einen Guerillakrieg zu entfachen. Auf Kuba hatte die Bergregion Sierra Maestra als Unterschlupf gedient, deren höchster Punkt auf 1974 Höhenmetern liegt. Régis Debray versuchte in seinem einflußreichen Buch „Revolution in der Revolution?“ 1967 zu begründen, daß eine neue revolutionäre Avantgardepartei nur aus dem Guerillakrieg entstehen könne. Das war ein direkter Angriff auf bestehende kommunistische Parteien in Lateinamerika, die sich zur Avantgarde der Arbeiterklasse erklärten, ohne den bewaffneten Aufstand zu organisieren und die Guerillastrategie als „ultralinkes Abenteuerertum“ verurteilten. Im Gegensatz zu den chinesischen Kommunisten, die große Stützpunktgebiete eroberten, sollte die Guerilla nach Debray in schwach besiedelten Gegenden zwischen den Dörfern agieren und äußerst mobil sein. Es solle verhindert werden, daß die Regierungsarmee an der Bevölkerung Rache nimmt. Die Guerillaeinheiten bestimmen einen Fokus, um dem Feind überraschende „Nadelstiche“ zu versetzen. Um die Bevölkerung wachzurütteln, spielte laut Debray „bewaffnete Propaganda“ eine zentrale Rolle. Er schrieb: „Weit mehr als 200 Reden hat die Zerstörung eines Truppentransporters oder die öffentliche Exekution eines als Folterknecht verurteilten Polizisten eine zutiefst politische und bedeutend effektivere Propagandawirkung auf die benachbarte Bevölkerung erzielt.“⁷ Die Guerilla hätte daher vor allem zu beweisen, daß die Regierungsarmee verletzbar und somit eine Revolution möglich sei. In einer weiteren Phase sollten die dezentral operierenden Kräfte in einer regulären Volksarmee zusammengesetzt werden, die den Kern der Partei darstelle.

Im orthodoxen Marxismus-Leninismus wird die Avantgardestellung der Partei aus dem wissenschaftlichen Sozialismus und der Stellung des Proletariats im Produktionsprozeß abgeleitet. Viele „Neue Linke“ glaubten in den 1960ern und 1970ern hingegen, daß sich die Avantgarde nur im bewaffneten Kampf selbst erschaffen könne. Der Guerillero wurde zu einem Prototyp linksradikaler Politik. Der Liedermacher Wolf Biermann besang Che Guevara sogar als „Jesus Christus mit der Knarre“.⁸ Verschmelzung mit der ländlichen Bevölkerung, hoher Frauenanteil, Leben in Zelten und Höhlen, Kampfgeist gegen moderne Technologie usw. erschienen als Gegenmodell zum verhaßten „Militarismus“ – und der Guerillero wurde romantisiert.

Irreguläre Kriegsführung ist als solche aber noch keinesfalls links oder emanzipatorisch.⁹ Auch konterrevolutionäre Bewegungen lernten Guerillakrieg einzusetzen, wie zum Beispiel die Anführer der „grünen“ Bauernaufstände gegen die Bolschewiki 1920/21, die nationalistischen Partisanen in der Ukraine und die „Waldbrüder“ im Baltikum (1940–1946) sowie die von den USA unterstützten „Contras“ im Bürgerkrieg gegen die sozialistische Regierung in Nicaragua in den 1980er Jahren. Heute wenden die Taliban und die „Rebellenarmeen“ in Afrikas Bürgerkriegen die Kunst des „kleinen Krieges“ an. Selbst der vormals sozialistische Guerillero kann sich nach dem Scheitern seiner politischen Ziele und dem damit einhergehenden moralischen Zerfall in einen Warlord oder Drogenexporteur verwandeln. Einige Techniken, die dafür notwendig sind, hat er schon während des „Volkskriegs“ gelernt.

Zum anderem wirkt sich der Guerillakrieg sehr opferreich aus, wenn Regierungsarmeen gegen die Zivilbevölkerung vorgehen oder ganze Landstriche zwangsumsiedeln, um dem „Fisch“, der Guerilla, sein „Wasser“, das Volk, zu entziehen. Im Rahmen der Bekämpfung von Guerillabewegungen sollen zwischen 1932 und 1993 weltweit mindestens 30 Millionen Zivilisten aus ihren Heimatorten vertrieben und vier Millionen getötet worden sein.¹⁰

„Tyrannenmord“ und individueller Terror

Die Texte des zweiten Kapitels in diesem Buch werfen die Frage auf, ob es sinnvoll und gerechtfertigt ist, durch einen Anschlag einen „Tyrannen“ zu töten und ob ein solcher Akt einen Aufstand des Volks hervorrufen kann. Auslöser der Debatten in der anarchistischen und sozialdemokratischen Bewegung war der erfolgreiche Anschlag auf den russischen Zaren Alexander II. am 1. März im Jahre 1881 durch die Gruppe der Volkstümmer (Narodniki). In der anarchistischen Bewegung wurde vor allem zwischen den 1890er Jahren und der Wende zum 20. Jahrhundert die sogenannte „Propaganda der Tat“ durch individuelle Attentate auf Politiker und Monarchen praktiziert. Diese Attentate fanden zwar nicht während eines globalen revolutionären Zyklus statt. Das Thema des „individuellen Terrors“ wurde aber im Zusammenhang mit der „Stadtguerilla“ der 1970er Jahre wieder heftig debattiert. Die Frage der politischen und moralischen Rechtfertigung von „Tyrannenmord“ müssen sich bis heute auch bürgerliche Regierungen stellen, wenn sie Anschläge auf „Diktatoren“ oder „Terroristen“ anordnen oder gutheißen.

Die Volkstümmerin Wera Figner erläuterte in ihren Erinnerungen (1928) die Gründe für das Attentat auf den Zaren, an dessen Planung sie beteiligt war. Sie beschrieb, wie die jungen Idealisten zunächst aufs Land gingen, um unter den Bauern zu leben und sie von der Notwendigkeit eines Umsturzes zu überzeugen. Die Volkstümmer sahen die russische Dorfgemeinde, die auf gemeinschaftlichem Bodenbesitz beruhte, als Keimzelle einer sozialistischen Gesellschaft an. Das Hauptproblem war, daß viele Bauern, trotz Unterdrückung und Ausbeutung vor Ort, den Zaren als ihren Beschützer wahrnahmen. Figner erklärte, daß die Entscheidung, ein Attentat auf den Zaren zu verüben, ein Resultat der Scheiterns der Agitationsbemühungen im Volk gewesen sei. Um auf politische Gewalt und ökonomische Not reagieren zu können, hätte es eines Schlags gegen das Zentrum bedurft. Nur so konnte eine neue revolutionäre Kraft entfacht werden, die auf dem Land und bei den meisten Intellektuellen schon versiegt war. Die Bauern seien zumindest gezwungen worden, darüber nachzudenken, warum Sozialisten, die das Gemeineigentum an Grund und Boden

verteidigten, den Zaren umbrachten. Figner bestritt, daß die Volkstümmler sich der Illusion hingaben, durch das Attentat einen allgemeinen Aufstand aufzulösen. In ihren Erinnerungen erscheint der „Tyrannenmord“ als Versuch, die komplette Niederlage der revolutionären Kräfte abzuwenden und einen Neuanfang möglich zu machen. Dieses Argumentationsmuster findet sich auch in den Erklärungen der RAF der frühen 1970er Jahre wieder.

Der unorthodoxe Sozialdemokrat und spätere Anarchist Johann Most war in seinem unmittelbaren Kommentar „Es lebe der Tyrannenmord“ (1881) wesentlich euphorischer gestimmt. Er feierte das gelungene Attentat auf den Zaren als erfolgreichen Schlag gegen die Autorität als solche. Außerdem hoffte er, daß die Volkstümmler Nachahmer von Konstantinopel bis Washington finden und so Despoten und Könige in Angst und Schrecken versetzen würden. Der Verweis auf die USA zeigt, daß es Most nicht nur um Monarchen ging, sondern auch um Präsidenten. Kritiker des „Königsmords“ wandten ein, daß man nicht Personen, sondern eine Einrichtung bekämpfen sollte und durch den Tod des Einzelnen nur ein Stellvertreter den Platz einnehmen würde. Dem entgegnete Most, daß nur die Seltenheit der Attentate das Problem sei, denn wenn alle paar Monate ein „Kronenschuft“ zugrunde ginge, wohl keiner mehr bereit wäre, den Monarchen zu spielen.

Die Sozialistin Rosa Luxemburg sah terroristische Aktionen hingegen nur im Zusammenhang mit einer Massenbewegung als effektiv an. In ihrem Text aus dem Jahr 1905 ging es wieder um die Bewertung eines Attentats in Rußland. Dort hatten sich die Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Arbeitern radikalisiert, nachdem Soldaten am berühmten „Blutsonntag“ des 9. Januar 1905 in St. Petersburg auf friedliche Demonstranten geschossen und ein Massaker angerichtet hatten. Am 17. Februar 1905 tötete ein Mitglied der Partei der Sozialrevolutionäre, der Nachfolgeorganisation der Volkstümmler, den Moskauer Generalgouverneur Großfürst Sergej Alexandrowitsch Romanow durch eine Bombe. Der Großfürst galt als Hardliner bei der Unterdrückung der Opposition und war einer der reichsten Männer Rußlands. Luxemburg argumentierte, daß die terroristische

Bewegung in Russland ursprünglich aus Pessimismus und Unglauben an die Möglichkeit einer Revolution durch die Massen entstanden sei. Doch Anfang 1905 erschütterten Massenstreiks das ganze Land als Reaktion auf den „Blutsonntag“. Vor diesem Hintergrund könne die terroristische Taktik zum Aufschwung der Volksbewegung beitragen und dem Absolutismus weitere Zugeständnisse abtrotzen, so Luxemburg. Als Antwort auf die Versuche der Regierung, die Revolution niederzuschlagen, hätten die Anschläge auf die Gemüter „befreiend“ gewirkt. Letztendlich könne der Absolutismus aber nur durch die kollektive Aktion der Arbeiterklasse gestürzt werden. Terroristische Attentate würden laut Luxemburg unter bestimmten historischen Bedingungen eine Art Brandbeschleuniger für den Aufstand darstellen. Die russische Revolution von 1905–1907 endete jedoch in einer Niederlage. In diesen drei Jahren ließ die Regierung ca. 6000 Revolutionäre hinrichten. Im Zuge der Auseinandersetzung brach auch eine neue Welle von Terror durch Sozialrevolutionäre und andere linke Gruppen aus, bei der allein im Jahr 1906 1126 Beamte getötet und weitere 1506 verletzt wurden.¹¹ Der revolutionäre Terrorismus war in Rußland in diesen Jahren durchaus eine Massenbewegung und die Auseinandersetzungen nahmen die Form eines Bürgerkriegs an.

Nach der Niederlage der russischen Revolution von 1905 wurde der „Tyrannenmord“ von orthodoxen Marxisten in der Regel abgelehnt. Stellvertretend dafür steht in diesem Band ein Artikel von Leo Trotzki aus dem Jahr 1911. Trotzki erklärt darin, der Terrorismus würde als Taktik die Rolle der Arbeitermassen und ihrer Partei schmälern, die allein die revolutionäre Umwälzung vollziehen könnten. Da Staatsdiener und Kapitalisten austauschbar seien, wären Attentate harmlos, was den Bestand der sozialen Ordnung angehe. Dem Attentat stelle er positiv den Streik gegenüber, bei dem Arbeiter ihr Selbstvertrauen und Klassenbewußtsein stärken könnten. Eine wirkliche Revolution könne nur aus der Verschärfung der Klassengegensätze entstehen und nicht künstlich herbeigebombt werden. Allerdings räumte Trotzki ein, daß er das Gefühl der individuellen Rache an Verantwortlichen für Greuelthaten gegen die Arbeiter verstehen

könne. Diese Form der Rache stelle allerdings nicht zufrieden, da das Sündenregister des Kapitalismus zu umfangreich sei, um einzelnen Ministern die Rechnung dafür zu präsentieren. Trotzki verurteilte den „individuellen Terror“ allerdings nicht aus moralischen Gründen, sondern argumentierte taktisch und pädagogisch.

In der anarchistischen Bewegung bildeten sich auch Strömungen heraus, die einer pazifistischen Gesinnung anhingen. Sie wägen nicht Vor- und Nachteile von Gewaltanwendung ab, sondern verurteilten sie generell aus prinzipiellen Gründen. Die „Propaganda der Tat“ als Mittel zum Zweck lehnten sie grundsätzlich ab. Beispielhaft ist in diesem Buch ein Text von Gustav Landauer (1901) dokumentiert. Er kritisierte die Attentate durch Anarchisten als im Grunde unanarchistische Methoden, da Gewalt nur Quelle von Despotie und Autorität sein könne. Im Unterschied zu vielen Anarchisten stellte er sich gesellschaftliche Veränderungen nicht als Aufstand in der Zukunft vor, nach dem die Produktionsmittel auf einen Schlag sozialisiert werden, sondern als langwierigen Prozeß, in dem sich freie Individuen zu „neuen Gebilden“ vereinigen. Die Mittel müßten immer schon auf das Ziel ausgerichtet sein.

Der Anarchokommunist Erich Mühsam lehnte hingegen nicht jede Form von Gewaltanwendung zur Verwirklichung der neuen Gesellschaft ab. 1932 argumentierte er, daß die anarchistische Lehre keine Kampfmethodik ablehne, die mit Selbstbestimmung und Freiwilligkeit im Einklang stehe. So sei es der Entscheidung jedes Einzelnen überlassen, sich bei Aufständen Kampfverbänden anzuschließen oder auch nicht. Die Entschlußkraft des Arbeiters sei erforderlich bei Maßnahmen wie Sabotage bei der Arbeit, Boykott von Waren, Streik, absichtlicher Pfscharbeit oder Arbeitsverweigerung beim Bau von Kriegsschiffen, Kasernen und Zuchthäusern. Am Marxismus kritisierte Mühsam, daß dieser Gewalttaten Einzelner gegen die Unterdrückung ablehne, wenn sie nicht auf Anordnung der Partei erfolgten. Damit hatte er sicher recht, da das Wort „Terror“ bei Marxisten wie Trotzki erst durch das

vorgeschobene Adjektiv „individueller“ negativ belegt wurde. Gerade diese Haltung mache Menschen zum bloßen Werkzeug, so Mühsam. Sittlich sei ein Attentat hingegen nur, wenn es aus dem freien Willen des Täters entstanden sei, der auch die bewußte Entscheidung getroffen habe, sein eigenes Leben aufs Spiel zu setzen.

In dieser Argumentation kommt eine Strömung des Anarchismus zum Ausdruck, die staatlich geleiteten revolutionären Terror bekämpfte, aber spontane Racheaktionen der Massen auf dem Höhepunkt von Revolutionen befürwortete oder zumindest nicht verurteilen wollte. Richtig an dieser Argumentation ist, daß durch gezielte Massentötungen durch den Staat in der Regel viel mehr Menschen sterben mußten als durch die Explosion des „Mobs“. Der einzelne, auf Grund seines freien Willens handelnde Arbeiter kann aber auch Unschuldige umbringen. Warum darf ein Einzelner darüber entscheiden, wer den Tod verdient hat und wer nicht? Der „Tyrann“ in der Fabrik ist gesamtgesellschaftlich betrachtet vielleicht nur ein „kleiner Fisch“.

Der Anarchist und Publizist Horst Stowasser schreibt in seiner Geschichte des Anarchismus über Situationen, in denen sich Opfer an Tätern rächen und nennt die Exekution ohne Gerichtsurteil des faschistischen Diktators Benito Mussolini durch Partisanen im April 1945 als Beispiel. „Solche Gewalt entzieht sich jeder Rechtfertigung wie auch jeder Verdammung. Sie wird immer wieder produziert von vorausgehender Gewalt. Sie ist für Täter und Opfer kein ethisches Problem und kennt keine Abwägung von Gut und Böse. Über diese Art von Gegengewalt den Stab zu brechen, wäre pervers. Dann müsste man auch einer jüdischen Mutter, die, nackt, mit ihrem Kind auf dem Arm, in Auschwitz in die Gaskammer getrieben wird, den Vorwurf der Körperverletzung machen, wenn sie in ihrer Verzweiflung auf die Idee käme, über den SS-Offizier herzufallen.“¹² Bemerkenswert ist, daß Stowasser spontane Exekutionen nicht grundsätzlich verurteilen will. Es handelte sich im Fall Mussolinis um die Exekution von Gefangenen, daher hinkt der Vergleich mit dem Widerstand in der Gaskammer. Nachdem Mussolini, seine Geliebte Clara Petacci und weitere faschistische Funktionäre